

# Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 2978) vierteljährlich ohne Bestellgeld 66 Pf.; unter Kreuzband 86 Pf. Jahres-Abonnement Mk. 2.80.

Stuttgart  
Mittwoch den 28. August  
1901.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zunbel), Stuttgart, Blumenstraße 24, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtthaus-Strasse 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

## Inhalts-Verzeichnis.

Aufruf des Parteivorstandes. — Aufruf der Vertrauensperson. — Zur Wohnungsfrage. Von Adolf Braun. — Die Wirtschaftsgenossenschaft. Eine Entgegnung. Von Lily Braun. — Der Entgegnung zur Antwort. Von Klara Zetkin. — Feuilleton: Grünes Reis unterm Schnee. Notizenteil: Frauenbewegung.

## Parteigenossen!

Laut Beschluß des vorigen Parteitag findet der diesjährige in Lübeck statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Parteiorganisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

**Sonntag den 22. September, Abends 7 Uhr,**  
nach Lübeck in das Vereinshaus, Johannisstraße 50/52, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag den 22. September, Abends 7 Uhr, Vorversammlung. Konstituierung des Parteitag. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.

Montag den 23. September und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
  - a) Agitation. Wahlen. Kassenbericht.  
Berichterstatter: W. Pfannkuch und A. Gerisch.
  - b) Presse, Literatur, Kolportagewesen. (Geschlossene Sitzung.)
2. Bericht der Kontrollkommission.  
Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.  
Berichterstatter: E. Wurm.
4. Maifeier.  
Berichterstatter: Th. Meßner.
5. Die Wohnungsfrage.  
Berichterstatter: A. Südekum.
6. Anträge zum Programm.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Vorstandes und der Kontrollkommission.

Parteigenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforderlichen Vorarbeiten zu treffen, insbesondere die Wahl der Delegierten und die Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens den 7. September in den Händen des Vorstandes, Adresse:

**J. Auer, Berlin SW., 47, Kreuzbergstraße 30,**  
sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz 2 der Parteiorganisation im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vertrauensmannes oder des Vorstandes der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstand und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

**P. Pape, Lübeck, Moisß-Allee 51a.**

Mandatsformulare, mit deren Versendung am 2. September begonnen wird, sind durch das Parteibureau, Adresse:

**J. Auer, Berlin SW. 47, Kreuzbergstraße 30,**

zu beziehen.

Die Genossen, welche Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts“ noch in der dem Parteitag vorzuliegenden gedruckten Vorlage Aufnahme finden können. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag entweder persönlich zu vertreten oder durch befremdete Genossen vertreten zu lassen; außerdem empfiehlt es sich, wichtige Anträge vor dem Zusammentritt des Parteitags in der Presse zu erörtern. Die Motive aber in die Parteitagsvorlage aufzunehmen, verbietet sich aus räumlichen Rücksichten und der damit verknüpften unvermeidlichen Wiederholungen willen.

Berlin, den 10. August 1901.

Mit sozialdemokratischem Gruß

**Der Parteivorstand.**

## An die Genossinnen!

Auf die Umfrage der Unterzeichneten, die Einberufung einer Frauenkonferenz betreffend, sind bereits so zahlreiche Antworten eingelaufen, daß die noch ausstehenden an dem Gesamtergebnis nichts mehr zu ändern vermögen. Die Genossinnen der meisten in Betracht kommenden Orte haben den Vorschlag der Berlinerinnen, für dieses Jahr von der Abhaltung einer Konferenz abzusehen, als begründet erachtet und sind ihm beigetreten. Gegen die Einberufung der Konferenz stimmten die Genossinnen in Altona, Augsburg, Bremen, Charlottenburg, Dresden, Gera, Hamburg, Johannisthal, Köln a. Rh., Königsberg, Ostensen, Pankow, Rixdorf, Schöneberg, Tempelhof, Weisensee, Wilmersdorf. Für Abhaltung einer Konferenz in diesem Jahre traten nur die Genossinnen in Leipzig und Reichenbach i. B. ein.

Da, wie bereits erwähnt, die ausstehenden Antworten das Resultat der Umfrage nicht mehr ändern können, so ist damit endgültig auf die Einberufung einer Konferenz verzichtet.

Die Entscheidung in Sachen der Frauenkonferenz berührt natürlich in nichts die Pflicht der Genossinnen, wie auf jedem früheren Parteitag, so auch auf dem zu Lübeck vertreten zu sein. Die Wohnungsfrage, welche auf seiner Tagesordnung steht, ist von höchster Wichtigkeit für die proletarische Frauenwelt. Bedeutsam für den doppelten Befreiungskampf der Proletarierin sind auch die übrigen Verhandlungsgegenstände. Mögen deshalb die Genossinnen in allen Mittelpunkt unserer Bewegung rechtzeitig für ihre Vertretung auf dem Parteitag sorgen. Wo es angängig ist, sollten sie sich sofort mit den Genossen ihrer Wahlkreise über die gemeinsame Wahl einer Delegierten verständigen. Wo die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens ausgeschlossen ist, haben sie das statutengemäß gesicherte Recht auszunützen, in Frauen-

versammlungen eine eigene Delegirte zu wählen. Die auf die eine oder andere Weise erfolgte Wahl weiblicher Delegirten ist der Unterzeichneten mitzutheilen.

Mit Parteigrüß

**Ottilie Baader,**

Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands,  
**Berlin W, Groß-Görschenstraße 38,**  
**zweiter Hof rechts, III.**

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

## Zur Wohnungsfrage.

### I. Allgemeines.

An nichts kann soziales Elend und menschliches Wohlbefinden besser gemessen werden, als an Größe und Belegen der Wohnungen. Ueber keine Seite unserer sozialen Zustände sind wir vergleichsweise besser unterrichtet, als über die Wohnungszustände. Zahllose statistische Untersuchungen haben bei aller Mangelhaftigkeit den Schleier von dieser nicht mehr zu leugnenden Schmach unserer Wirtschaftsordnung gezogen, unübersehbar sind die Schriften in allen Kultursprachen, die sich mit der Wohnungsfrage befassen. Zahllos sind auch die Versuche, dem Wohnungselend zu steuern, Hunderte von Männern und Frauen haben den Beruf gefühlt, Vorschläge zu machen, wie gesunde Wohnungen an Stelle der Wohnungshöhlen und Wohnungshöhlen zu beschaffen wären. Theils war es das Interesse Derjenigen, welche die Befreiungsbefreiungen des modernen Proletariats bekämpfen und dabei doch ihr gutes Herz zeigen wollten, die das Proletariat abzulocken wünschten von dem Streben nach einem Ziele, und es von der offenen Heerstraße des Kampfes gegen die herrschende Ordnung abzulocken hofften in die Winkel- und Sackgäßchen eng begrenzter Sozialreform. Andere meinten es ehrlicher und glaubten wirklich ihrer sozialen Pflicht zu genügen, wenn sie einen der Krebsgeschäden unserer Gesellschaft heilen wollten, wärend, daß eine Heilung möglich sei, wenn der Krebs am ganzen übrigen Körper weiter wuchern würde. Gerade die Wohnungsfrage lehrt es uns aber eindringlich, daß die soziale Noth nicht an einzelnen Gliedern kurirt werden kann, daß jedes Streben da zu bessern vergeblich ist, so lange man den Kern des Uebels unberührt lassen will.

Die neomodischen Sozialisten gehen Hand in Hand mit „wohlmeinenden“ bürgerlichen Sozialpolitikern und verschwenden ihre Kraft, die dem Kampfe um die sozialistische Gesellschaftsordnung gehört, in Vorschlägen und Experimenten, die Wohnungsfrage zu lösen. In ihrem Eifer der Belehrung unzugänglich, müssen wir sie den unaussprechlichen Enttäuschungen entgegengehen lassen, die sie aus ihren Träumen erwecken werden!

Aber begreiflich ist es, daß das Wohnungselend so Viele beschäftigt, ist es doch, wenn auch kaum die größte, so doch die am meisten ins Auge springende Anklage gegen die herrschende Wirtschaftsordnung. Wir können auch ganz befriedigt sein, daß man sich so eingehend mit dieser Frage befaßt, denn alles Streben, rückhaltlos etwas zur Aufhellung der Lage der Arbeiterklasse beizutragen, müssen wir mit Genugthuung begrüßen, liegt doch darin eine zwar oft zu leicht genommene aber hochbedeutende Aufgabe. Ist doch noch so Vielen, die unter allem Elend leiden, die Erkenntniß von der Größe dieses Elends nicht zum Bewußtsein gekommen, und ist doch diese Erkenntniß eines der wichtigsten Mittel, das Proletariat zu einer geschlossenen Masse zusammenzuschweißen, zur unwiderstehlichen Macht im Kampfe gegen die herrschenden Klassen werden zu lassen. In diesem Sinne begrüßen wir auch eine im vorigen Jahre erschienene Schrift von Dr. Hans Kurella, „Wohnungsnoth und Wohnungsjammer, ihr Einfluß auf die Sittlichkeit, ihr Ursprung aus dem Bodenwucher und ihre Bekämpfung durch demokratische Städteverwaltung.“ In dieser Schrift ist auf engem Raume werthvolles Material über die Arbeiterwohnungsfrage zusammengetragen und manch' gesundes eigenes Urtheil, aber auch viele unseren Widerspruch herausfordernde Meinungen und viele stark überschätzte Vorschläge wie optimistische Schlussfolgerungen finden sich da. Doch wird auch diejenige Leserin, die unseren Standpunkt in der Wohnungsfrage theilt, so manche Belehrung aus dieser Schrift schöpfen können.

## II. Häuslichkeit und Sittlichkeit.

So ist das erste Kapitel der Schrift überschrieben. Für den Verfasser dreht sich da alles um die Wohnungsfrage, er beachtet nicht die anderen Ursachen, welche eine Häuslichkeit in der Arbeiterfamilie nicht aufkommen lassen, er führt die Zerstörung der Häuslichkeit, die Unfittlichkeit fast ausschließlich auf die Wirkungen des städtischen Bodenmonopols und auf die Formen des Wohnens zurück. Wir wollen hierüber nicht weiter mit ihm rechten, müßten wir doch dann viel zu weit ausgreifen. Sicher ist aber, daß innerhalb unserer Proletarierwohnungen sich nur ausnahmsweise eine gesunde Häuslichkeit entwickeln kann. Was Dr. Kurella hierzu beibringt, ist sicherlich lesenswerth. So wenn er schreibt: „... die ganze Fülle der Unruhe, Unbehaglichkeit, Trennlosigkeit und Freudensarmuth und nicht zuletzt der Mißgerüche, die die Schlupfwinkel der ungeheuren Mehrheit unserer Großstadtbevölkerung erfüllen und zu Orten des Abscheus und des Widerwillens machen, die soll uns erst geschildert werden; bis der herbe Realist kommt, der uns diese Bilder wiederzugeben versteht, müssen wir uns mit Photographien begnügen und eine Sammlung solcher Kellerstuben, Dachkammern, Schlafburschenwinkel sollte endlich einmal in typischen Exemplaren unseren Statistiken der Wohnungsnoth beigegeben werden, nur schade, daß die eigentliche Quintessenz dieser Zustände, Lärm und Gestank, auf der photographischen Platte und in den Tabellen der Statistiker nicht fixirt werden können.“ Daß in Wohnungen dieser Art eine wahre Häuslichkeit unmöglich ist, daß da die Flucht ins Wirthshaus, so lange noch ein Groschen in der Tasche zu finden ist, begreiflich ist, wer kann dies bestreiten. Die Proletarierwohnung gehört nicht allein der Familie, Schlafgänger und sonstige Fremde, mit denen die Kinder leinerlei Band verknüpft, theilen die elenden Räume. „Es ist nicht schön und auch nicht sittlich, wenn in demselben einzigen Zimmer gleichzeitig geboren, gestorben, gekocht, geschlafen, gegessen und gearbeitet wird.“ Wie soll da eine Häuslichkeit entstehen können, sich erhalten? Wer zerstört da Ehe und Familie? Die zu solchen Wohnungen durch ihr soziales Elend Verurtheilten oder die gepriesene Wirtschaftsordnung, der profitgierige Kapitalismus, der seine höchsten Profite aus diesen Proletarierhöhlen zieht und dessen Parole ist „Geld stinkt nicht“?

### III. Etwas Wohnungsstatistik.

Als überfüllte Wohnungen werden von den amtlichen Statistikern im Deutschen Reiche nur die bezeichnet:

1. Ohne ein heizbares Zimmer in jedem Falle.
2. Mit 1 heizb. Z., mit 0 unheizbaren Zimmern u. 6 od. mehr Bew.
3. = 1 = = = 1 od. mehr unheizb. Z. = 8 = = =
4. = 2 = = = 0 unheizbaren Zimmern = 8 = = =
5. = 2 = = = 1 = = = 10 = = =

Dabei wird eine Küche mit Fenster stets als heizbares Zimmer berechnet; es ergibt sich also, daß unsere Städtestatistiker eine Wohnung, die aus einer Küche und sonst nichts besteht und fünf Menschen beherbergt, nicht für überfüllt halten. Es ist rührend, wie bescheiden sie sind in ihren Ansprüchen an die Wohnung, wenn es sich um Proletarier handelt. Nach diesem rührenden Maßstab waren aber doch noch von je 10000 Wohnungen überfüllt in

Mannheim . . . . .	1180	Lübeck . . . . .	875
Königsberg i. Pr. . . . .	1060	Leipzig . . . . .	785
Halle a. S. . . . .	1030	Altona . . . . .	762
Breslau . . . . .	990	Görlitz . . . . .	691

In Berlin wohnten 1890 von je 10000 Menschen 768 im Keller, in Breslau wohnten 1500 von je 10000 Menschen im Keller oder im vierten oder einem noch höheren Stockwerk. Von je 10000 Berlinern wohnten 540 in einem nicht heizbaren Zimmer. In Wohnungen mit höchstens zwei heizbaren Zimmern wohnten von je 10000 Einwohnern in Berlin 7845, in München 5332 und in Breslau 7541!

Von je 1000 Wohnungen hatten im Jahre 1890 Schlafburschen in			
Leipzig . . . . .	175	Berlin . . . . .	158
Frankfurt a. M. . . . .	62	Dresden . . . . .	92
Breslau . . . . .	125		

In München wurden 1897 über 400 alleinlebende Männer gezählt, welche Schlafgängerinnen beherbergten. Ueber ein Viertel der Münchner Wohnungen, die familienfremde Personen beherbergten, hatten Schlafgängerinnen. Man stelle sich vor, daß 1897 in München 3160 Wohnungen vorhanden waren, die nur ein Zimmer, aber darin mehr als sechs Bewohner hatten, die sich aus Familienmitgliedern und Familienfremden zusammensetzten. Diese Zahlen veranlassen den auf bürgerlichem Boden stehenden Dr. Kurella zu den folgenden Bemerkungen:

„Welch Nachhaufekommen“, wenn eine Fabrikarbeiterin Abends in solch ein Zimmer tritt, in dem Wäsche trocknet, Kinder schreien, der

\* Beiträge zur Boden- und Wohnungsfrage. Herausgegeben in Verbindung mit Mitgliedern deutscher Arbeiter- und Mietherkörperschaften und des Vereins Reichswohnungsgefeß. I. Heft. 68 S. 8°. Preis 1,20 Mk.

Hausrath in wirren Haufen durcheinander liegt, die Eheleute vielleicht einander schelten, kein Stuhl frei ist, das Bett mit einem oder zwei Anderen getheilt wird! Ist es ein Wunder, wenn der Schlafbursche aus dieser Häuslichkeit in die Kneipe läuft, die Arbeiterin sich aus ihr fort auf die helle Straße, vor die glänzenden Schaufenster oder in eines der Vergnügungstokale sehnt, die uns wohl geschmacklos, lärmend, raucherfüllt erscheinen, wo sie aber Wärme, Glanz, Unterhaltung und vielleicht ein warmes Abendbrot, einen freundlichen Blick, ein liebevolles Wort am Arme eines „Herrn“ findet. Aber der Bankiers- oder Fabrikantentochter, die sich aus ihrem luxuriösen Heim in den Ballsaal oder das Opernhaus sehnt, und ihren würdigen Eltern erscheint ein solches Mädchen natürlich gemein und „unsittlich!“

Und überall, wo der moderne Kapitalismus eingezogen, das gleiche Glend in England wie in Deutschland, in Rußland wie in den Vereinigten Staaten!

Cholera, Pest, Tuberkulose und Diphtherie würden nicht dieses stets bereite Feld für ihre Thätigkeit finden, wenn die Wohnungen der armen Volksklassen in Bombay und Hamburg, in Alexandrien und in Paris, in Chicago und im Ostende von London nicht zu eng, schmutzig, gegen Licht und Luft verbarrikadirt würden. Vor Allem ist es die furchtbare Kindersterblichkeit in den Proletarierbezirken, die zwar nicht allein, aber doch in zu sehr hervorragendem Maße in engem Zusammenhang mit den Wohnungsständen der bürgerlichen Gesellschaft steht. Ueberall die gleichen Erscheinungen, überall die gleichen Wirkungen, überall die gleichen Zusammenhänge mit der heutigen Wirtschaftsordnung und überall die wohlfeile Empfehlung von kleinften und allerkleinsten Mitteln, dem immer weiter um sich freßenden Uebel zu steuern.

Aber auch andere Folgen des Wohnungselends drängen sich auf, freilich immer im Zusammenhang mit anderen sozialen Ursachenreihen, so die mangelhafte Erziehung der Kinder, der Zwang, sie auf der Straße ihre freie Zeit verbringen zu lassen, und so vieles Andere. Daß die Häufigkeit der Verbrechen wohl nicht ohne Zusammenhang mit den Wohnungsgreueln steht, ist statistisch für die amerikanischen Großstädte nachgewiesen. So theilt Dr. Kurella aus einer Statistik von 1893 mit, daß von je 10000 Einwohnern arreirt wurden:

	In den überdöckerten Arbeiterquartieren	In der ganzen Stadt
In Philadelphia . . . . .	8	3
= New York . . . . .	18	6
= Baltimore . . . . .	14	9
= Chicago . . . . .	11	4

Sicherlich sind das beachtenswerthe Zahlen, aber ebenso leicht, als sie Erstaunen erregen können, mögen sie auch täuschen. Die Arreirungen können doch auch mit anderen Ursachen zusammenhängen, so mit größerer oder geringerer Strenge der Polizei in den „feinen“ und in den „schlechten“ Quartieren. Die Eigenthumsverbrechen der amerikanischen Milliardäre sind andere, wenn auch viel verhängnißvollere, als die Diebstähle des Laib Brotes durch hungernde Familienväter. Es ist ein ebenso leicht und häufig gemachter wie verhängnißvoller Fehler oberflächlicher Statistiker, auf eine gerade ins Auge gefaßte Ursache Massenerscheinungen zurückzuführen. Besonders fällt dies bei der Betrachtung der Literatur über die Wohnungsfrage auf, da werden Verbrechen aller Art, dann die Trunksucht, die Prostitution, die Kindersterblichkeit, die ehelichen Zerwürfnisse, die hohe Zahl der Selbstmorde, die Kinderverwahrlosung, alle Laster und Gebrechen der nicht immer zahlungsfähigen Menschheit auf das Wohnungselend zurückgeführt. Und doch weiß jeder gutgeschulte Sozialist, daß alle diese traurigen Früchte nicht auf diese eine Blüthe der kapitalistischen Ausbeutung, sondern auf zahlreiche andere gleichzeitig zurückzuführen sind, auf die Unsicherheit der Existenz, auf die stets neue Erzeugung industrieller Reservearmeen, auf den Lohndruck, die überlange Arbeitszeit, ebenso wie auf das private Bodenmonopol; wir wissen, daß alle diese Ursachen in der kapitalistischen Ausbeutung ihre letzte Quelle haben, daß es deshalb nichts beweist, eine der Ursachen herauszugreifen, alle anderen als nebensächlich zu behandeln.

#### IV. Der Kampf gegen das Wohnungselend.

Wer all dies erkannt hat, der wird recht mißtrauisch gegen die ja sicherlich oft wohlmeinenden Rathschläge, im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung „die Wohnungsfrage zu lösen“. Wer die Geschichte der Wohnungsreform kennt, weiß überdies, daß die meisten Vorschläge, die uns heute mit so warmem Eifer in Deutschland gemacht werden, englische und französische Trödelwaare sind. Vor Allem in England hat man z. B. seit mehr als einem halben Jahrhundert Baugenossenschaften empfohlen, zahlreiche gegründet und zahlreiche zu Grunde gehen sehen; freilich hört man, daß da und dort für einige Hunderte Proletarier durch Baugenossenschaften für einige Zeit die Wohnungsverhältnisse verbessert wurden, aber die Mehrzahl der

englischen Arbeiterbevölkerung lebt heute noch in sehr traurigen Wohnungsverhältnissen. Und Trüdinger hat festgestellt, daß die Baugenossenschaften von Arbeitern gegründet wurden, daß aber die Arbeiter die erbauten Häuser und Wohnungen nicht behaupten konnten, daß Beamte, Handlungsgehilfen u. s. w. diese Wohnungen in Benutzung genommen haben. Auch in Deutschland hat z. B. Sonnemann schon Anfangs der sechziger Jahre die Baugenossenschaften als ein Mittel zur Lösung der Wohnungsfrage empfohlen, ohne irgend einen Erfolg zu erzielen. Heute kommen nun bürgerliche Sozialreformer mit Sozialdemokraten Arm in Arm und empfehlen wieder, dieses stumpfe Werkzeug an dem Niesenbaum des Wohnungselends zu versuchen. Es ist dies einer der Beweise dafür, daß in unseren Reihen das Talent, viel zu vergessen und nichts zuzulernen, stark vertreten ist. Was aber vor vierzig und mehr Jahren noch leidlich vernünftig gewesen sein mag, was damals einen Friedrich Albert Lange zu sympathischen Empfehlungen der Baugenossenschaften veranlaßt hat, das ist nun, wo die Bodenspekulation sich längst alles bauwürdigen Bodens bemächtigt hat, wo die Bodenpreise ungeheuer in die Höhe geschneilt sind, das ist heute Unvernunft. Vor vierzig Jahren waren unsere Städte noch lange nicht so umfangreich wie heute, damals waren die Industriebetriebe noch nicht so sehr in den Umkreis der Städte hinaus gedrängt, damals war die Entfernung von Arbeitsstätte und Wohnung noch lange nicht so groß wie heute. Wer nun berücksichtigt, daß der Arbeiter niemals weiß, wie lange er an seiner Arbeitsstätte verbleiben kann, daß er häufig den Wohnort, sicherlich aber sehr häufig die Fabrik wechseln muß, der wird es einsehen, daß das eigene Heim, das nicht so wie die Miethswohnung gewechselt werden kann, dem Proletarier oft eine sehr unerfreuliche Last werden muß.

Es kann in diesem Zusammenhang nicht unsere Aufgabe sein, auch nur diese eine Seite des neuen Enthusiasmus für das Genossenschaftswesen nach allen Richtungen zu beleuchten, diese Bemerkungen müssen genügen.

Neben den Baugenossenschaften bauen auch die großen Unternehmer, die Stumm und Krupp, die Spinner- und Glaskönige, die großen Maschinenfabriken und Elektrizitätswerke Arbeiterwohnungen. Daß diese nur eine der vielen Wohlfahrtseinrichtungen oder Mittel zur völligen Abhängigkeitsmachung der Arbeiter sind, das weiß Jeder. Der Bewohner darf nicht streiken, sich nicht durch die Solidarität mit seinen Arbeitsgenossen verbunden erachten, auch nicht durch Eintreten für sein persönliches Interesse und für die gemeinsamen Interessen seiner Klasse unliebsam machen, denn sonst wird er gleichzeitig arbeits- und obdachlos. So viel liegt keinem denkenden Arbeiter an einem halbwegs befriedigenden Heim, daß er es mit seiner Verflavung erkaufen wollte.

Die Städte, sagen Andere, sollen die Lösung der Wohnungsfrage in die Hand nehmen. Ein verflucht gescheiter Gedanke, wenn man nicht wüßte, daß auf Grund unserer meisten Städteordnungen die Gemeindeverwaltungen der Ausdruck der Hausbesitzerinteressen sind. Es ist doch eigentlich mehr als spaßhaft, wenn diejenigen, die nicht Sozialisten werden wollen, weil wir so unverbesserliche Utopisten sind, mit Vorschlägen kommen, deren Undurchführbarkeit auf der Hand liegt, die erst diskutabel und durchführbar werden, wenn wir die politische Macht errungen haben werden. Genau so steht es mit den Vorschlägen, die schlechten Häuser zu expropriieren, als ob das Expropriationsrecht so ausgebildet wäre und als ob der Wille der tatsächlichen Machthaber eine Aktion dieser Art im großen Stile irgendwie wahrscheinlich erscheinen ließe.

Aber gut, nehmen wir an, daß das, was im Rahmen dieser Vorschläge möglich wäre, durchgeführt würde, daß die Veräußerung des städtischen Grund und Bodens aufhören, daß aller noch erhältlicher städtischer Boden angekauft würde, obgleich ja die Bodenspekulanten Jahrzehnte „gearbeitet“ haben, daß da die Bäume nicht in den Himmel wachsen werden, angenommen, es würden alle Vorschläge für eine gesunde städtische Wohnungspolitik verwirklicht, was wäre denn damit erreicht? Man würde von dem reißenden Strome des proletarischen Wohnungselends ein feichtes Bächlein ableiten, Tausenden würde man helfen, für Millionen bliebe das Wohnungselend nach wie vor bestehen.

Nun meine man nicht, daß die Sozialisten, die nichts verlernen, sondern zulernen wollen, irgend etwas gegen eine städtische Wohnungspolitik, gegen ein Reichswohnungsgesetz, gegen eine Verwendung der Mittel der Invaliditätsversicherungsanstalten zum Baue von Wohnungen, gegen eine Wohnungsinspektion, gegen eine Verbilligung der Eisenbahntarife u. einzuwenden hätten. Wir sind bereit, all dies zu unterstützen, jede Besserung auf dem Gebiet des Wohnungswesens zu begrüßen und, wo wir können, zu unterstützen. Aber alle diese Maßnahmen sollen uns nicht als Hauptsache erscheinen, sie sollen nicht dazu dienen, die Arbeiter zu verwirren, bei ihnen den Glauben zu erwecken, daß das Wohnungselend verschwinden könne, so lange

das Privateigenthum an den Produktionsmitteln und am Grund und Boden weiter besteht. Häuslichkeit und Sittlichkeit werden die Dr. Kurella und Genossen nicht wiedererwecken mit ihren Vorschlägen. Will er das, dann lerne er die soziale Frage in ihrer ganzen Schärfe und in ihren Ursachen klar erkennen, er wird dann verstehen, daß gerade die Wohnungsfrage ein Gebiet ist, das am klarsten überzeugt, wie wenig die großen Krebschäden an unserem Gesellschaftskörper auszuschneiden sind, so lange die heutige Wirtschaftsordnung erhalten bleibt.

Die Wohnungsfrage ist für Einzelne sicherlich in der heutigen Gesellschaft weniger furchtbar zu gestalten, das Proletariat in seiner Gesamtheit wird die Erlösung aus Wohnungsnoth, Wohnungsjammer und Wohnungselend erst finden, wenn die sozialistische Gesellschaftsordnung die kapitalistische abgelöst hat.

Diesem Ziele mit allen Kräften, mit allen Mitteln zuzustreben, hierfür alle Klassengenossen und Klassengenossinnen zu entflammen und zu begeistern, das ist unsere Aufgabe, das ist wichtiger und dringlicher als alle Projektensmacherei.

Ad. Braun.

## Die Wirthschaftsgenossenschaft.

Eine Entgegnung.

Nach den fünfzehn Spalten zu schließen, mit denen Genossin Zetkin meine kleine Broschüre todtgeschlagen hat, muß die Gefahr, die ich damit über das kämpfende Proletariat heraufbeschworen habe eine riesige sein; die bössartigsten Gegner des Sozialismus haben sich kaum solcher Beachtung zu erfreuen gehabt. Mir fällt dabei immer jene Geschichte von dem katholischen Priester ein, der seinem Lieblings-schüler, als er ihn entließ, folgende Lehren mit auf den Weg gab: „Hüte Dich am meisten“, so sagte er, „vor dem Teufel der Ketzerei. Mit jedem Gedanken, den keiner unserer Heiligen und heiligen Väter vorgebracht hat, schleicht er sich bei Dir ein. Die heilige Kirche zu fördern, ist allein Sache ihres erleuchteten Hauptes. Wir haben nur zu glauben und Glauben zu predigen und die Beunruhigung von den Gemüthern ferne zu halten.“

Nun bilde ich mir keineswegs ein, daß mein Plan einer Wirthschaftsgenossenschaft ein völlig neuer ist; neu an ihm ist nur, wie ich mir seine Verwirklichung denke und daß ich die Arbeiterschaft auf-fordere, sie in die Hand zu nehmen. Genossin Zetkin versucht den Nachweis zu führen, daß ich damit einer Utopie nachjage. Nebenbei bemerkt, ist es komisch genug, wie sehr es neuerdings üblich wird, diejenigen utopischer Ideen zu zeihen, die Ideale der Sozialdemokratie aus dem Stadium der Predigt in das der That hinüber-führen wollen! Im Wesentlichen sind die Gründe, die Genossin Zetkin gegen die Wirthschaftsgenossenschaft anführt, genau dieselben, die gegen jede genossenschaftliche Idee eingewendet worden sind. Man hielt die Konsumgenossenschaft mindestens für ebensolche unpraktische Utopisten und begriff nicht, daß arme Arbeiter mit schwankendem Einkommen den Kaufherren der Welt Konkurrenz machen wollten. Und die Konsumgenossenschaften haben sich in einer Weise durchgesetzt, wie ihre ersten Vorkämpfer es sich sicher nicht

träumen ließen. Für baaren Unsinn halten heute noch sehr viele Sozialdemokraten die baugenossenschaftliche Bewegung, weil es dem Proletariat an Mitteln fehlen soll, sie erfolgreich durchzuführen. Und doch dringt sie unaufhaltsam vorwärts, wovon Jeder sich durch die Broschüre von Paul Kampffmeyer, „Die Baugenossenschaften im Rahmen eines nationalen Wohnungsreformplanes“, die auch Genossin Zetkin anführt, überzeugen kann. Und zwar sind ein erstaunlich großer Theil der Genossenschaftler ungelernete oder doch nicht besonders hoch entlohnte Arbeiter, mit einer Jahreseinnahme von 900 bis 1200 Mk. Diese Arbeiterkategorie aber ist es gerade, deren Frauen, sobald Kinder da sind, die Familie durch ihre Arbeit mit erhalten müssen.\*

Ebenso gut nun, wie diese Arbeiter Bau- und Konsumgenossen-schaften beitreten können, sind sie auch im Stande, Glieder einer Wirthschaftsgenossenschaft zu werden, um so mehr, wenn sie — wie ich von vornherein voraussetzte — aus einer Bau- oder auch aus einer Konsumgenossenschaft hervorgeht. Die Wirthschaftsgenossenschaft stellt finanziell nicht viel höhere Anforderungen an ihre Mitglieder, im Gegentheil, sie erleichtert eine Vermehrung des Familieneinkommens, indem sie die Leistungsfähigkeit der Frau erhöht. Genossin Zetkin wird kaum leugnen können, daß alle diese Arbeiterfamilien ihr Leben — wenn auch noch so schlecht — fristen. Ich kann nun wirklich nicht einsehen, warum ihnen das in der Wirthschaftsgenossenschaft, die durch Einkauf und Zubereitung der Speisen im Großen ganz bedeutend billiger wirtschaften kann, als die einzelne kleine Familie, nicht möglich sein sollte, was ihnen unter unvergleichlich schwierigeren Verhältnissen in der Miethskammer möglich ist. Nun werden mir aber die Krisen, die Zeiten der Arbeitslosigkeit entgegengehalten, als ob ich selbst niemals etwas von ihnen gehört hätte. Ich halte aber meinen Plan gerade im Hinblick auf sie für besonders wichtig, denn ich glaube, daß die Existenz, auch die noch so kümmerliche, in der Wirthschaftsgenossenschaft immerhin noch viel leichter ist, als in der Verlassenheit irgend eines Großstadtwinkels, wo kein Nachbar sich um den anderen kümmert. Es scheint mir auch durchaus nicht so unmöglich, aus Beiträgen der Mitglieder einen Fond für Nothfälle zu gründen. In den Bau- und Sparvereinen bestehen vielfach solche Fonds, aus denen die Miete für diejenigen bezahlt wird, die sie momentan nicht aufbringen können, und daß es nicht schwer ist, solche Fonds ins Leben zu rufen, zeigt sich schon daraus, daß die Arbeiter in Zeiten guten Verdienstes aus freien Stücken Spareinlagen machen. Genossin Zetkin sucht mir aber schließlich auch aus einem Umstand einen Strick zu drehen, den nur derjenige in dieser Weise gegen mich ausnützen kann, der von vornherein mit dem schärfsten Vorurtheil an meine Ideen herantreten ist. Weil ich nämlich 1,40 Mk. für die tägliche Beldstigung eines Diensthofen ansehe, meint

\* Ich verweise dabei nur auf folgende Schriften: Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1899, 4 Bände. Berlin 1900. — Großherzoglich badische Fabrikinspektion, Die soziale Lage der Pforzheimer Bijouteriearbeiter, Karlsruhe 1901. — Die Beschäftigung verheiratheter Frauen in Fabriken. Nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten bearbeitet vom Reichsamt des Innern. Berlin 1901. — Rudolf Martin, Die Ausschließung der verheiratheten Frauen aus der Fabrik. Tübingen 1897.

## Grünes Reis unterm Schnee.

Der Sturm brauste um das kleine Haus und fegte die dicht-fallenden Schneeflocken vor sich her; bis zur halben Höhe der Mauer hatte es schon zu öfteren Malen eine Lehne aufgeschichtet gehabt und er schien, als wolle er alles bis zum Schlot hinauf verwehen und begraben, dann fuhr er plötzlich die Ecke herum und zerwirbelte und zerstäubte wieder, was er aufgebaut.

In der einzigen Stube der Hütte saß ein junges Paar und ein altes Weib um den Tisch und verzehrten ihr lärgliches Abend-mahl, Sauremilchsuppe, in welche Brot geschnitten war; sie löffelten selbe aus einer Schüssel. Drei Personen in dem engen Raume mit den feuchten Wänden, den kleinen erblindeten Fenstern und der dumpfigen Luft und das Aussehen des jungen Weibes zeigte, daß ein viertes Wesen sich bald einstellen werde, die Noth mit den drei anderen zu theilen.

Die beiden Weiber hatten gestritten, das junge legte mit hochgeröthetem Gesicht den Löffel weg, während das alte den seinen nochmals in die Schüssel führte und mit der zitternden Hand auf dem Wege zum Munde das Geschöpfte verschüttete.

Die Junge fuhr mit einem Ausruf des Unwillens zurück.

„Jetzt wird's schon unguftig mit Dir z'essen, Mutter“, sagte der junge Mann.

Nun legte auch die Alte den Löffel hin und begann an ihrer Schürze zu glätten; nach einer Weile sagte sie leise: „Wenn ich Euch zur Last fall', brauch't's mer's nur mit ein'm Wort merken zu lassen, so möcht' ich nimmer verbleib'n“

Sie neigte den Kopf vor, um besser zu hören, denn jetzt mußte ihr Sohn, ihr einzig' Kind, doch Nein darauf sagen. Aber er schwieg und sie blickte mit großen, glanzlosen Augen starr nach den Weiden.

Wieder verging eine Weile, der Perpendikel der Schwarz-wälder Uhr, die an der Wand hing, hatte ein gar eigenes Ticken, das in der Luft nachzitterte.

Das junge Weib erhob sich. „Man sagt Dir nit geh, noch bleib.“ Sprach es, indem es die Schüssel aufgriff und nach der Küche trug.

Die Alte wendete ihr Gesicht dem Sohne zu, in den Mund-winkeln begann es ihr zu zucken und über den Augen schlossen sich paar Mal rasch hintereinander die Lider, aber er sah vor sich hin zur Erde und sagte nicht: Bleib! Er stand vom Stuhle auf und ging zur Thüre hinaus.

Von der Küche her hörte man das junge Weib einige Male lachen und den jungen Bauern pfeifen, es kam wohl nicht vom Herzen, aber nur nichts merken lassen!

Und die alte Greisin, als sie sich in der Stube allein sah,

sie, daß ich nur auf solche Mitglieder der Genossenschaft rechne, die pro Tag und Kopf daselbe für ihre Ernährung ausgeben können! Wäre das meine Ansicht, so wäre es nicht der Mühe werth, auch nur ein Wort über meinen Plan noch zu verlieren. Er wäre ebenso gerichtet wie ich selbst. Wenn ich diese Summe bei der Rechnungsaufstellung genannt habe, so geschah es einmal, weil sie der Kostgeldberechnung des Berliner Dienstbotenvereins entspricht, andererseits aber auch, weil es bei solchen approximativen Schätzungen besser ist, zu hoch als zu niedrig zu greifen. Sodann habe ich aber auch wiederholt betont, daß der ganze Plan nach den verschiedensten Richtungen hin modifizirt werden kann.

Der Zwang, der Arbeit nachzuziehen, wird auch als eine wesentliche Hinderung der Entstehung von Arbeiter-Wirtschaftsgenossenschaften angesehen. Er müßte ebenso die Baugenossenschaften unmöglich machen und doch entstehen sie und wachsen. Ich vermag auch nicht einzusehen, warum die Aussicht, vielleicht einmal in einen anderen Stadttheil oder in eine andere Stadt zu ziehen, die Arbeiterfamilie verhindern sollte, wenigstens auf absehbare Zeit die Vortheile der Wirtschaftsgenossenschaft zu genießen. Ihre Beweglichkeit wird dadurch keineswegs gehemmt. Und je mehr diese Vortheile empfunden werden, desto eifriger wird dann das Bestreben sein, neuen Wirtschaftsgenossenschaften zum Leben zu verhelfen. Außerdem macht man in den Großstädten mehr und mehr die Erfahrung, daß die Arbeiter weit ab von der Arbeitsstätte, z. B. in gesunden Vororten, zu wohnen vorziehen. Das wird um so mehr der Fall sein, wenn die arbeitende Frau nicht mehr gezwungen ist, ihrer häuslichen Pflichten wegen, nahe der Fabrik oder der Werkstatt zu wohnen.

Aber „die Nichtachtung, mit der Genossin Braun an den Thatfachen des realen Lebens vorübergegangen ist“ — Genossin Zetkin hätte, wie ihre Parenthese, „um einen milden Ausdruck zu gebrauchen“, beweist, viel lieber von meiner völligen Unkenntniß dieser Thatfachen gesprochen —, wird mir auch noch auf andere Weise vorgehalten. Ich soll mich nämlich einer schrecklichen Dienstbotenausbeutung schuldig machen, indem ich drei Dienstboten für die Küche und eine Kinderwärterin der Wirtschaftsgenossenschaft zutheile. Ganz abgesehen davon, daß, wie ich schon gesagt habe, eine Ausgestaltung des Planes nach jeder Richtung von mir ausdrücklich als selbstverständlich hingestellt wurde, halte ich auch jetzt noch bei einer einfachen Kost und Anwendung aller arbeitssparenden Maschinen und Einrichtungen drei Personen in der Küche — natürlich nur dort — für ausreichend, ohne daß sie überbürdet zu sein brauchen. Und was die „Kinderwartemaschine“ betrifft, so scheint Genossin Zetkin anzunehmen, daß sämtliche 50 Familien gleichaltrige kleine Kinder haben, und sie vergißt vollständig, daß allein schon der umfriedete Hof und Garten — wie zum Beispiel die großen Häufertkomplexe des Berliner Spar- und Bauvereins ihn aufweisen — den Kindern, die laufen können, einen sehr erheblichen Schutz gewährt. Gegenwärtig haben die Kinder erwerbsthätiger Frauen doch nichts von alledem. Uebrigens bin ich sicherlich die Letzte, die dagegen etwas einzuwenden hat, womöglich jedem kleinen Kinde eine Wärterin zu geben; es handelt sich aber hier nicht darum, ins Blaue hinein zu wünschen — das bleibe den Utopisten überlassen — sondern auf einfache Art zunächst einen bescheidenen Anfang zu machen.

Mit dem schwersten Geschütz gegen den grimmigen Feind fährt meine Kritikerin in ihrem letzten Artikel auf. Es wäre, so sagt sie, „eine scharf zu verurtheilende Kräfteverschleuderung, wollten die Genossinnen sich mit der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften beschäftigen“... „auch der Hinblick auf die Ablösung des Einzelhaushaltes durch die Wirtschaftsgenossenschaft in der sozialistischen Gesellschaft würde das nicht rechtfertigen“; — auch nicht die von allen Sachkundigen übereinstimmend gewonnene Erkenntniß, daß die Frauen des Proletariats in Folge ihrer physischen und geistigen Ueberlastung für den gewerkschaftlichen und politischen Kampf trotz aller Mühe nur in minimalem Umfang zu gewinnen sind?! Daß ich diesen Gedanken in den Vordergrund gerückt habe, daß die Wirtschaftsgenossenschaft mir in erster Linie nicht Zweck, sondern Mittel zum Zwecke ist, daß ich keine Mühe für verschwendet halte, durch die die Frauen unserer Sache näher gebracht werden können — das hat Genossin Zetkin trotz ihrer 15 Spalten mit keiner Silbe zu erwähnen für nöthig gefunden! Aber beim bloßen Verschweigen läßt sie es nicht bewenden. In Bezug auf die Wohnungsreformfrage entwickle ich eine Auffassung, die — so sagt sie — nur bei einem bürgerlichen Sozialreformer erklärlich wäre. Ich begehe nämlich das Verbrechen, dem Proletariat aus seinem bisherigen Mangel an Einsicht und Energie in Bezug auf die Wohnungsreform einen Vorwurf zu machen und zu behaupten, daß nach dieser Richtung hin von Staat, Gemeinden und Versicherungsanstalten viel mehr geschehen wäre, wenn die Arbeiterklasse eine entschiedene Agitation entfalten würde. Habe ich mich damit der bürgerlichen Sozialreformerei schuldig gemacht, so muß es wohl einem waschechten Genossen allein entsprechen, nicht nur Alles, was die Arbeiterklasse thut oder läßt, für unfehlbar richtig zu erklären, sondern auch fest davon überzeugt zu sein, daß all ihre praktische Thätigkeit eine völlig vergebliche ist! Zu dieser Ansicht aber werde ich mich nie bekehren, auch wenn ich mich dadurch täglich dem Vorwurf, kein vollkommener Sozialist zu sein, aussetzen müßte. Ich werde es stets für die erste Pflicht eines Genossen halten, auch der eigenen Partei kritisch gegenüber zu stehen, und nach bestem Wissen und Gewissen das auszusprechen, was ihm als Fehler erscheint. Ich werde ferner immer der Ueberzeugung sein, daß die Arbeiterklasse ein ausschlaggebender Faktor in unserm politischen Leben ist und es ihrer Bedeutung nach in viel höherem Maße noch sein könnte. Es heißt ihre Energie lähmen, statt sie zu stärken, wenn man ihr immer vorhält, daß sie der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber trotz ihrer Millionen Stimmen machtlos ist. Was aber gerade die spezielle Frage der Wohnungsreform betrifft, so ist es eine nicht fortzuleugnende Thatfache, daß die Sozialdemokratie ihr bis vor Kurzem vollständig ablehnend gegenüber stand, daß sie ihr lebendiges Leben aber auch durch ihr beginnendes Interesse für sie wieder einmal beweist und nur noch energischer beweisen sollte. Es besteht in der freisinnigen Bourgeoisie eine starke Strömung zu ihren Gunsten, und mir erscheint es als eine selbstverständliche Aufgabe der Arbeiterklasse, alles auszunutzen, was ihr zu Gute kommen kann. Und zwar nicht — ich betone es nochmals —, um sich in erster Linie ein besseres Leben zu sichern, sondern um Existenzbedingungen zu schaffen, die dem Arbeiter seinen gewerkschaftlichen und politischen Kampf ermöglichen oder erleichtern.

hüllte das Gesicht in ihre Schürze und wie auch der Krampf sie schüttelte, sie ersticke ihr Schluchzen; das kam wohl vom Herzen, aber nur nichts merken lassen!

Sie erhob sich, hauchte in die Schürze und fuhr sich damit über die Augen, dann kniete sie vor den Schrank hin, öffnete die unterste Lade, raffte etliche Kleidungsstücke und ein Paar Schuhe heraus, band die ersteren in ein Bündel, zog die letzteren an und erhob sich vom Boden; einen Augenblick stand sie schwer athmend inmitten der Stube und blickte um sich, aber rasch trippelte sie nach der Thüre, die ins Freie führte, dort tauchte sie die Finger in den Weihbrunnbehälter, segnete den kleinen Raum, bekreuzte sich und öffnete leise die Thüre.

Die Schneeflocken stoben ihr ins Gesicht und der brausende Sturm versuchte sie nach der Hütte zurückzudrängen. „Laß mich, du dummer Wind“, greinte sie, „du bist da drinnen nicht Herr. Sie wollen mich nimmer!“ Und da half er ihr vorwärts kommen, fuhr, ihr im Rücken, heran und nöthig sie zu laufen. Das war ihr aber auch nicht recht.

Fehl konnte sie nicht gehen, es war eine breite Straße, die durch den Wald und nach dem nächsten Orte führte, an dessen Ende das „Arme-Leut'-Haus“ lag und weiter ging ihr Weg nicht. Es soll da drinnen zwar auch nicht friedsam zugehen und was die Gemeinde widerwillig giebt, das verzehren die Pfriündner unter

Geleise und Hoder, aber da hat eben keines vor dem anderen etwas voraus, hat nie eines dem anderen Lieb' und Gutthat erwiesen und wenn sie stritten, so gingen die Worte wohl ins Ohr, konnten erzürnen und ärgern, aber sie gingen nicht zu Herzen und thaten weh.

Ach, wie so weh, daß es gar nicht auszusagen ist!

Bisher hatte sie mit fest zusammengekniffenen Lippen, gegen den Sturm ankämpfend, ihren Weg verfolgt, jetzt ließ das Brausen und das Wehen plötzlich nach, ein ruhiger, gleichmäßiger Schneefall trat ein und die Schotterhaufen, die in Strecken von etwa hundert Schritten beidseitig längs der Straße aufgeschichtet waren, begannen sich mit einer dichten, flaumigen Hülle zu überziehen. Die Schritte der Alten wurden unsicher, sie stolperte über einen Stein und glitt an einem der Geröllhügel nieder, der Schnee stob weg und einige Kiesel klatterten herab. Ein heftiger Schreck besiel sie, als ihr die Kraft versagte und sie sich nicht aufzuraffen vermochte, dann gab sie sich mit der aufgezwungenen Raft zufrieden, sie hatte sich eben übernommen; ruh' ein wenig, dann geht's schon, aber sein mit Bedacht, der größere Theil Weges liegt hinter. Nun überkam sie eine einschläfernde Müdigkeit. Sie fühlte keine ihrer Hände, die in den Schnee faßten, noch die Flocken, die ihr ins Gesicht fielen.

(Schluß folgt.)

Bei dem Vorwurf der bürgerlichen Sozialreformerei läßt es aber Genossin Zetkin keineswegs bewenden. Noch viel verdächtiger komme ich ihr vor und stellt sie mich den Lesern ihrer Bepfropfung dar, weil ich die „kapitalistische Ausbeutung der proletarischen Arbeitskraft, die kapitalistische Klassenherrschaft“ nicht geschildert habe. Es ist wirklich nicht meine Schuld, wenn mir dabei wieder kirchliche Reminiszenzen kommen: in der lutherischen Kirche nämlich wird jedem Gottesdienst das Herbeten der drei Glaubensartikel vorgelesen, und sie hält Niemanden für einen echten evangelischen Christen, der das in seiner Kirche nicht ebenso macht. Wer meine Broschüre liest — natürlich ohne Vorurtheil liest —, der wird dies „Glaubensbekenntniß“ nicht vermissen, weil es auf die Worte nicht ankommt, sondern auf den Geist der Worte und jede Zeile in ihr davon durchtränkt ist.

Zum Schluß noch einige Worte an Diejenigen, die meinem Plan ohne Voreingenommenheit gegenüberstehen, die Anderen zu überzeugen, dürfte ja doch ein ziemlich vergebliches Bemühen sein! Der Gedanke der Wirtschaftsgenossenschaft liegt so sehr in der Luft, daß er in den verschiedensten Formen zum Ausdruck kommt. Eine Genossin, die meinem Plan im Ganzen nicht sympathisch gegenübersteht, erzählte selbst, daß — ich glaube in Kottbus — verheirathete Arbeiterinnen gemeinsam eine Frau engagirt haben, die ihnen das Mittagessen kocht und die Kinder beaufsichtigt, — ein Anfang zur Genossenschaft, der dem unmittelbaren Bedürfnis entsprungen ist. Genossenschaftliche Arbeiterrestaurants sind in verschiedenen Stadttheilen von Paris entstanden, und es mehren sich die Familien, die nicht nur dort gemeinsam essen, sondern auch die Mahlzeiten nach Hause holen; auch in Berlin wird der Plan eines solchen Restaurants ventilirt. Für Vertheilungsküchen auf genossenschaftlicher Grundlage, wie die in Manchester begründeten, wird neuerdings in Frankreich eine rege Agitation entfaltet. Der Idee der Wirtschaftsgenossenschaft nach meinem Plan, fängt man an, auch in deutschen Genossenschaften näher zu treten. Offenbar geht es mit dieser „Utopie“ wie mit so mancher: sie wird über Nacht zur Wirklichkeit.

Genossin Zetkin sagt: Die proletarische Frauenbewegung „hat ihre Kraft auf den gewerkschaftlichen und politischen Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat zu konzentriren“. Ich stimme ihr bei. Sie hat aber auch, das füge ich noch hinzu, dafür zu sorgen, daß aus der kleinen Handvoll Frauen, die gegenwärtig diesen Kampf führen, eine große Schaar wird, und muß zu diesem Zwecke jedes Mittel ergreifen, das Kampffähige schaffen hilft. Die Wirtschaftsgenossenschaft ist solch ein Mittel. Selbst wenn es zunächst nur Wenige befreit, bei der Zurückgebliebenheit des weiblichen Proletariats sind auch diese Wenigen viel. Lily Braun.

### Der Entgegnung zur Antwort.

Die schwierige Feststellung des sträflichen Thatbestandes, daß ich mich in wohlgezählten 15 Spalten mit der Wirtschaftsgenossenschaft beschäftigte, hat offensichtlich Genossin Brauns Geisteskräfte in hervorragendem Maße beansprucht. Nur dadurch erkläre ich mir, daß sie an dem wesentlichsten Inhalt meiner Kritik vorbeischiebt und Ansichten abkanzelt, die ich nie vertreten habe; ja mehr noch: daß sie sogar einen äußeren Umstand übersehen, der doch nach ihrer Auffassung von der großen Bedeutung der Spaltenzahl als äußerlich und innerlich strafmildernd in Betracht kommen mußte. 4 von den  $\frac{1}{3}$  15 Spalten sind nämlich der Wiedergabe ihrer eigenen wichtigsten Ausführungen gewidmet. Ich würde das unerwähnt lassen, wenn Genossin Braun nicht zweimal die Zahl der Spalten meiner Kritik als ganz besonders strafverschärfend der Beurtheilung der Leserinnen empfohlen hätte. Immerhin, mein Gott ja, muß ich mich schuldig bekennen, Genossin Brauns Vorschlag eingehender und gründlicher erörtert zu haben, als dieser lieb zu sein scheint, und als das Projekt offenbar vertragen kann. Wenn es sich um das Betreten „neuer Bahnen“ handelte, so galt bis jetzt innerhalb unserer Bewegung Gründlichkeit in der Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse nicht für einen Fehler, wohl aber oberflächliches Vorbeihuschen an denselben. Und ich bin „kirchensgläubig“ genug, um an dieser Meinung festzuhalten.

Hingegen muß ich einen Vorwurf mit allem Nachdruck zurückweisen, obgleich er im Wesen durch meine Kritik selbst schon für Jeden widerlegt ist, der diese ohne die Empfindlichkeit der gekränkten Erfindersseele gelesen hat. Nichts lag mir bei meinen Ausführungen ferner als die Auffassung, „einen grimmigen Feind“ zu bekämpfen, und die Absicht, ihn „todtzuschlagen“. Was recht allgemein bekannt ist, dürfte auch Genossin Braun kein tiefverborgenes Geheimniß sein: daß mir zum Zwecke des „Todtschlages eines grimmigen Feindes“ denn doch ganz andere Waffen zur Verfügung stehen, als ich sie ihr gegenüber gebraucht habe. Das Nordgelüst, todtschlagen zu wollen, konnte

mich überdies um so weniger anwandeln, als ich in dem Projekt der Wirtschaftsgenossenschaft sinnfällig ein todtgeborenes Kind vor mir hatte. Wohl aber hielt ich es für meine Pflicht, die Todtgeburt — leider nicht die erste, die uns Genossin Braun geschenkt hat — zu konstatiren und nachzuweisen. Als eine der wichtigsten Aufgaben der „Gleichheit“ habe ich stets erachtet, die grundsätzliche Auffassung der Genossinnen zu klären und dadurch ihr praktisches Wirken zu leiten, es vor Eigenbrödelei zu bewahren, welche der allgemeinen Bewegung Kräfte entziehen würde. Ein krittloses Komplimentiren vor jeder Leistung einer Genossin würde sich schlecht mit dieser Auffassung vertragen. Im Stolze ihrer „kirchenreinen“ Gesinnung mag Genossin Braun ja dieselbe von oben herab als „komisch“ belächeln, wie so manches Andere auch. Immerhin wird sie auch mir zubilligen müssen, was sie „stets als erste Pflicht eines Genossen hält, auch der eigenen Partei kritisch gegenüber zu stehen und nach bestem Wissen und Gewissen auszusprechen, was als Fehler erscheint.“ Oder sollte etwa Genossin Braun gegenüber nicht billig sein dürfen, was der Partei gegenüber Recht ist? Denn nicht mehr, als was Genossin Braun als erste Pflicht jedes Genossen preist, habe ich ihr gegenüber gethan. Weshalb also Räuber und Mörder?

Was den sachlichen Theil von Genossin Brauns Entgegnung anbelangt, so erweist er sich meines Erachtens als ein Versuch zur Rettung ihres Planes, der mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt unternommen worden ist. Auf meine Ausführungen, die psychologischen Voraussetzungen für die Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften betreffend, hat Genossin Braun „mit keiner Silbe zu antworten für nöthig gefunden!“ Und doch wäre der Nachweis für das Vorhandensein dieser Vorbedingungen mit von entscheidender Bedeutung für die Beantwortung der strittigen Frage gewesen. Es fällt mir nicht ein, „nach berühmten Mustern“ Genossin Braun zu unterstellen, sie habe die betreffenden Einwürfe meinerseits „todtgeschwiegen“. Das Spaltenzählen, das wichtige Spaltenzählen ließ sie dieselben wahrscheinlich übersehen.

Und wie liegen die Dinge bezüglich des Nachweises, daß meiner Kritik entgegen die materiellen Vorbedingungen für die Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften im Proletariate vorhanden sind? Genossin Braun hat den von mir angeführten Zahlen und Thatsachen auch nicht den armseligsten Thatsachenbeweis entgegengestellt. Was sie giebt, ist nur ihr eigener, ganz persönlicher „Glaube“, daß trotz Hungerlöhnen, unregelmäßigem und schwankendem Verdienst, Arbeitslosigkeit zc. die Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften doch möglich sei. Unbestritten, daß es Genossin Brauns unveräußerliches Menschenrecht ist, diesen ihren Glauben für maßgeblicher zu halten, als alle Thatsachen. Aber ihren Glauben und ihr Recht in allen Ehren: sie kann nicht verlangen oder auch nur hoffen, daß Andere in dieser Beziehung gleich anspruchlos sind, wie sie.

Entkräftet es vielleicht eine einzige der Thatsachen, die ich gegen Genossin Brauns Plan ins Feld führte, daß diese unter Hinweis auf die Entwicklung der Konsum- und Baugenossenschaften erklärt, meine Gründe seien im Wesentlichen dieselben, die gegen jede genossenschaftliche Idee eingewendet worden sind? Mit nichten. Nebenbei sei zunächst bemerkt, daß ich selbst die nämlichen Einwürfe nicht gegen jede genossenschaftliche Idee erhoben habe. Und dies aus einem sehr einfachen Grunde. Ich war nie eine Gegnerin der genossenschaftlichen Bewegung überhaupt und stehe nicht einmal den Baugenossenschaften feindlich gegenüber, wieweil ich überzeugt bin, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen werden. Was aber die Hauptsache anbelangt, so wäre der obenstehende Mächte-gerne-Beweis nur unter der einen Bedingung stichhaltig. Wenn Genossin Braun mit zwingender Logik dargethan hätte, daß alle Formen der Genossenschaft völlig wefensgleich sind, und daß mithin für die Wirtschaftsgenossenschaft die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten gelten, wie z. B. für den Konsumverein oder die Baugenossenschaft. Genossin Braun hat das nicht einmal nachzuweisen versucht, dafür aber die Behauptung servirt, daß die Wirtschaftsgenossenschaft „finanziell nicht viel höhere Ansprüche an ihre Mitglieder stellt“, als die Baugenossenschaft oder der Konsumverein. Sie prüft dabei nicht, ob angesichts der Verhältnisse sich nicht das Nichtviel in ein Zuviel verwandeln muß. Sie läßt vor Allem außer Acht, daß bezüglich der Zahl der Genossenschaftler, der Höhe des Anlagekapitals, der Höhe der Beiträge dazu, der zu bietenden Leistungen u. s. w. die Wirtschaftsgenossenschaft unter wesentlich anderen Bedingungen ins Leben tritt und funktioniert, als der Konsumverein. Von welcher Bedeutung dies aber für die Entwicklung der Wirtschaftsgenossenschaft ist, zeigt das Beispiel der Baugenossenschaften. Zu den Gründen, welche bedingen und bedingen, daß ihre Entwicklung soweit hinter derjenigen der Konsumvereine zurücksteht, zählen auch die hervorgehobenen Umstände. Und doch liegen für sie die Verhältnisse noch weit günstiger, als für die Wirtschaftsgenossen-

schaften. Für dieselben kann mithin auch nicht die kräftige Entwicklung der Konsumvereine prophezeiend angesprochen werden.

Und besagt es ernstlich etwas gegen meine Ausführungen, den Einfluß von unregelmäßigem und schwankendem Verdienst, von Arbeitslosigkeit und Krise auf die Wirtschaftsgenossenschaft betreffend, daß Genossin Braun die Gründung eines Nothfonds empfiehlt und auf die Spareinlagen verweist, welche die Arbeiter in Zeiten guten Verdienstes aus freien Stücken machen? Durchaus nicht. Denn Genossin Braun ist den Nachweis schuldig geblieben, daß die Spareinlagen von jenen Arbeiterschichten herrühren, die sie für die Verwirklichung ihres Plans mobilisieren will, Arbeiterschichten, in denen das Jahreseinkommen 900 bis 1200 Mk. beträgt. Ein und wieder mag unter den Proletariern mit diesem Verdienst das Kuriosum einer „Sparagne“ existieren, die Dank eines vernunftwidrigen Darbens etwas auf die Seite legen kann. Jedenfalls aber — das geht aus Arbeiterhaushaltungsbudgets und anderen einwandfreien Dokumenten klarlich hervor — sind unter ihnen Defizite weit mehr die Regel als Spareinlagen. Den 900 bis 1200 Mk. Jahreseinkommen eignet leider nicht die wundersame Kraft des nie versiegenden Oels im Krüglein, des nie aufzubrauchenden Mehls im Kasten der Witwe, von der die Bibel berichtet. Daß Arbeiterfamilien mit dem angegebenen Einkommen noch Rücklagen für einen Nothfonds der Wirtschaftsgenossenschaft aufbringen können, nachdem sie die Miete, Kleidung, Schuhwerk, Wäsche, Versicherungsbeiträge, Steuern, Schulgeld u. s. w. gedeckt und die nötigen Antheile für den Fonds der Baugenossenschaft und der Wirtschaftsgenossenschaft eingezahlt haben, sowie die laufenden Beiträge für letztere: scheint mir ein Ding der Unmöglichkeit. Vielleicht besitzt jedoch Genossin Braun ein erprobtes Rezept der Sparsamkeit, welches das unmöglich Scheinende möglich macht. Dann heraus damit! Hunderttausend und Hunderttausende werden ihr seine Veröffentlichung mehr danken als ihre Aufforderung, Wirtschaftsgenossenschaften zu gründen.

Was Genossin Braun gegen die Rückwirkung des vorliegenden Zwangs auf die Wirtschaftsgenossenschaft anführt, daß die proletarische Familie der Arbeitsgelegenheit nachziehen muß; was über den Anreiz, neue kooperative Großhaushaltungen ins Leben zu rufen: ist ebenso an den Thatfachen und meinen Darlegungen vorbeigeschrieben, wie das bereits kritisierte. Der Mangel an Raum verhindert mich leider, es im Einzelnen nachzuweisen.

Genossin Braun entwirft sich besonders darüber, daß ich ihre Angaben über die Kosten der Ernährung des Dienstpersonals meiner Berechnung der Ausgaben für die Ernährung der Genossenschaftler zu Grunde legte. Sie schlägt meine andere Schandthat an den Pranger, daß ich die von ihr vorgesehene Zahl der Dienstboten in meine Kritik einbezog. Ihr Haupttrumpf gegen meine diesbezüglichen Ausführungen ist, daß die von ihr angegebenen Zahlen bedeutungslos für ihren Plan seien. Diesem Argument gegenüber muß ich reumüthig in die Knie sinken. In der That: nicht eine Minute kam mir in den Sinn, Genossin Brauns Arbeit und ihre Gewissenhaftigkeit im Begründen so niedrig einzuschätzen, daß ich die betreffenden Angaben als bedeutungslos, als ein dekoratives Beiwerk betrachtete. Klar und unzweideutig habe ich aber gerade bei Erörterung der Ausgaben für die Ernährung in der Idealgenossenschaft hervorgehoben, daß Genossin Braun einen modifizierten Zuschnitt ihres Planes vorzieht. Allerdings fügte ich dem hinzu, daß auch eine recht bedeutende Vereinfachung und Verbilligung des Projekts noch nicht die materielle Möglichkeit seiner Durchführung sichere. Und ich begründete diese Meinung durch Ziffern und Thatfachen. Statt mich indirekt einer Unterlassungsünde zu zeihen, der ich mich nicht schuldig gemacht, hätte Genossin Braun besser gethan, die Ziffern und Thatfachen zu widerlegen.

Zur versuchten Mohrenwäsche in Bezug auf die „Dienstbotenausbeutung“ Folgendes. Die Wirkung der arbeitssparenden Maschinen und Einrichtungen wird dadurch nicht erhöht, daß Genossin Braun sie mir neuerlich entgegenhält, obgleich ich sie nicht bestritten, sondern ausdrücklich anerkannt habe. Und sie schafft einen Umstand nicht aus der Welt, der nicht ohne Bedeutung für unsere Frage ist. Jede erfahrene Hausfrau oder Berufsköchin wird Genossin Braun bestätigen, daß es weit mehr Sorgfalt und Aufmerksamkeit, mithin mehr Zeit und Kraft erfordert, ein Gericht in großen Quantitäten als in kleinen Mengen gut und schmackhaft herzustellen. In Berücksichtigung dessen und auf Grund von Erkundigungen, die ich in mehreren kapitalistischen Großhaushaltungen eingezogen habe, erscheint mir deshalb die „drei Personen“ zuge dachte Arbeitsleistung in Genossin Brauns Idealfläche nach wie vor zu hoch. Was aber die von mir offenbar bössartig erfundene lebendige „Kinderwartmaschine“ anbelangt, so schwebte mir bei Bewerthung der ihr zufallenden Aufgaben durchaus nicht die Annahme vor, daß sämtliche 50 bis 80 Genossenschaften gleichalterige kleine Kinder haben. Ich habe ausdrücklich in Berücksichtigung ge-

zogen, „daß sicherlich viele Kinder der Genossenschaftler die Schule besuchen“. Ich füge dem heute noch hinzu, daß gewiß ein Theil der Kinder schulentwachsen ist. Trotzdem bleibt bei 50 bis 80 Proletarierfamilien eine größere Anzahl pflege- und aufsichtsbedürftiger Kinder zurück, als eine einzige Wärterin versorgen kann. Der umfriedete Hof und Garten der Wirtschaftsgenossenschaft, auf den sich Genossin Braun beruft, schränkt gewiß die Nothwendigkeit äußerlicher Ueberwachung der Kleinen in etwas ein, hebt aber nicht einmal sie völlig auf und mindert in nichts die moralische Aufsichtsbedürftigkeit der Kinder. Genossin Braun sucht denn auch die augenscheinliche Unzulänglichkeit ihrer Musteraufstellung damit zu rechtfertigen, daß es sich nicht darum handelt, ins Blaue hinein zu wünschen — das bleibt den Utopisten überlassen — sondern auf einfache Art zunächst einen bescheidenen Anfang zu machen. Eine vortreffliche, eine weise Auffassung, betreffs deren nur zu wünschen wäre, daß Genossin Braun sie in anderer Beziehung beherzigt hätte, wo ihre Beachtung mehr von Nöthen gewesen, als in dem vorliegenden Falle. Denn hier tritt zu einer Verpflichtung, nicht utopistisch ins Blaue hinein zu wünschen, eine andere. Den bescheidenen Anfang, um den es sich handelt, „zunächst“ nicht auf die allerdings „einfache Art“ einer über alle Maßen unbescheidenen Ausbeutung des Dienstpersonals zu machen. Diese Verpflichtung in Nichtbeachtung der Verhältnisse übersehen, heißt, die Ideen, die wir vertreten, lächerlich machen und dem bittersten Spott der Gegner preisgeben.

In ägyptisches Dunkel ist für mich gehüllt, weshalb Genossin Braun mir entgegenhält, daß ihr Plan „kein völlig neuer ist“. Die „Kezerei“, die ich nach ihren sinnigen und minnigen kirchlichen Erinnerungen in ihm wittern soll, wäre doch in allem, nur nicht in seiner Neuheit zu suchen. Babels einschlägige Ausführungen sind so bekannt, daß auch ich sie gelesen haben dürfte. Und aus der Zeit meiner oder richtiger unserer Sünden Maieblüthe erinnere ich mich, daß ein kleiner Kreis „gebildeter Genossen“ Ende der siebziger Jahre ernstlich die Möglichkeit diskutirte, Genossin Brauns Vorschlag entsprechend „die Ideale der Sozialdemokratie aus dem Stadium der Predigt in das der That überzuführen zu wollen“. Im Gegensatz zu Genossin Braun, die diesmal von ihrer glänzenden Belesenheit in der frauenrechtlerischen Literatur im Stich gelassen wird, scheint mir nicht einmal neu, wie diese sich die Verwirklichung ihres Planes denkt. Dieses Was ist nämlich Zug für Zug in dem Buche enthalten, das eine sozialistisch angehauchte amerikanische Frauenrechtlerin, Frau Perkins-Stetson bereits 1899 unter dem Titel veröffentlicht hat: „Women and Economics“. Was aber Genossin Brauns persönliche Zugabe zu dem nicht völlig neuen Plan anbelangt: die Aufforderung, die Arbeiterklasse solle Wirtschaftsgenossenschaften gründen, so habe ich sie nicht wegen ihrer „kezereischen Neuheit“ bekämpft, vielmehr auf Grund seiner praktischen Werthlosigkeit für das Proletariat.

Ohne jede Berechtigung spricht Genossin Braun die Gründung von genossenschaftlichen Arbeiterrestaurants und Vertheilungstischen für Arbeiterfamilien, die Bestellung einer gemeinsamen Köchin oder Wartefrau für mehrere Familien als Beweis dafür an, daß die Verwirklichung ihres Planes „in der Luft liegt“. Die betreffenden Neuerungen beweisen so sehr das Gegentheil, daß ich bei Abfassung meiner Kritik die Absicht hatte, auf sie zu exemplifizieren. Sie bestätigen nämlich durchaus meine Auffassung, daß für Verdrängung des Einzelhaushalts die steigende Industrialisirung einzelner Zweige der früheren hauswirtschaftlichen Einrichtungen der Frau von entscheidender Bedeutung ist als die Verwirklichung von Genossin Brauns Plan. „In der That“, genossenschaftliche Arbeiterrestaurants, Vertheilungstischen zc. stellen ihrem Wesen nach nicht Embryonen von Wirtschaftsgenossenschaften dar, vielmehr die steigende Uebernahme der einzelnen wirtschaftlichen Funktionen der Familie durch ein bestimmtes Gewerbe. Die genossenschaftliche Form der Betriebe ändert daran nichts. Genossenschaftler und Betrieb stehen sich hier genau in dem gleichen Verhältnis gegenüber wie in einem Konsumverein. Damit sind aber wichtige Vorbedingungen gegeben, daß genossenschaftliche Restaurants in weit größerer Zahl gegründet und benutzt werden können als Genossin Brauns Wirtschaftsgenossenschaften. Ich neige deshalb der Ansicht zu, daß für die Reform der Hauswirtschaft im Proletariat neben kommunalen Volkstischen, Speisehallen zc. genossenschaftliche Restaurants — vielleicht in Verbindung mit Konsumvereinen, Baugenossenschaften und Gewerkschaftshäusern — in absehbarer Zeit eine bedeutendere Rolle spielen werden als der kooperative Großhaushalt.

Genossin Braun behauptet, in ihren Ausführungen die Auffassung der Wirtschaftsgenossenschaft als Mittel zum Zwecke, die Proletarierin für den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf zu gewinnen, „in den Vordergrund gerückt zu haben“. Sittlich entzündet bezieht sie mich, daß ich „trotz meiner 15 Spalten“ dies verschwiege. Man beurtheile nach folgenden Thatfachen, mit welchem

Rechte sie behauptet und bezichtigt. Gute Beispiele verbessern schlechte Sitten. Ich lese also nicht bloß, ich zähle, was Genossin Braun in dieser Hinsicht geschrieben hat. In Abschnitt VI der Broschüre „Die Wirkungen der hauswirtschaftlichen Reform“, Seite 26 bis 31, wird „das Mittel zum Zweck“ lichtvoll und nachdrücklich in nachstehenden drei Zeilen „in den Vordergrund gerückt“: „Der Augenblick könnte kommen, wo sie (die männliche Arbeiterschaft) die, wie wir gesehen haben, rasch steigende Masse der weiblichen Arbeiter mit all ihrer geistigen Rückständigkeit als eine Kette an ihrem Fuße empfinden werde.“ Allerdings hat Genossin Braun im zweiten Abschnitt ihres Schriftchens auf Seite 14 ausgeführt, daß die Doppelbelastung der Proletarierin mit Hausarbeit und Erwerbsarbeit die politische Aufklärung und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen wesentlich erschwert, daß mithin eine Entlastung der Frau mit Rücksicht auf ihre Anteilnahme am Klassenkampf notwendig ist. Diese Tatsache habe ich kurz in meinem ersten Artikel unter den Gründen gewürdigt, welche dazu drängen, auch eine Erleichterung der häuslichen Arbeitsbürde der Frau anzustreben. Wollte Genossin Braun, daß die betreffende Stelle so gewertet würde, wie sie es in der Entgegnung heischt, so hätte sie das sprichwörtliche Beispiel des russischen Malers nachahmen müssen. Dieser schrieb unter eine mehrdeutige Zeichnung: „Das ist ein Löwe und kein Hund.“

Als eine grobe Unvorsichtigkeit muß ich es charakterisieren, was Genossin Braun betreffs der Begründung meines Vorwurfs behauptet, ihre Auffassung der Wohnungsreformfrage sei bürgerlich-sozialreformlerisch angekränkelt. Die Begründung, die sie mir unter die Feder legt, ist nicht bloß eine Verdrehung und Entstellung des unzweideutigen Sinnes und des klipp und klaren Vorklats meiner Ausführungen. Es ist gleichzeitig eine recht entstellte und verbeutelte — doch Pardon, nach Lessings Helden ist „die deutsche Sprach eine plumpe Sprach“, sagen wir deshalb lieber eine recht modifizierte Wiedergabe ihrer eigenen diesbezüglichen Darlegungen in der Broschüre. Eine Vergleichung der drei Stellen beweist das sinnenfällig. Fern sei mir, Genossin Brauns Vergnügen zu fördern, von der Höhe ihrer praktisch „sublimierten“ Ueberzeugung herab die „waschechte Gesinnung“ Anderer zu verhöhnern. Aber sie füge dem scherzhaften Spiel den Ernst des Nachweises hinzu, daß ich ihr gegenüber oder sonstwo mich des Blödsinns schuldig machte, „Alles, was die Arbeiterklasse thut und läßt, für unfehlbar richtig zu erklären, fest davon überzeugt zu sein, daß all ihre praktische Thätigkeit eine völlig vergebliche ist, . . . daß sie der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber trotz ihrer Millionen Stimmen machtlos ist“.

Allerdings bekenne ich Eins, meiner Ansicht nach heißt es die Arbeiterklasse „in ihrer Energie lähmen, statt sie zu stärken“, wenn man sie, wie Genossin Braun in der Frage der Wohnungsreform, von einer angeblich starken Reformströmung der freisinnigen Bourgeoisie Bedeutames oder auch nur Nennenswerthes hoffen läßt. Die deutsche Arbeiterklasse hat den Reformeifer dieser freisinnigen Bourgeoisie gebührend schätzen gelernt. Er wurde ihr vor Augen geführt durch die freisinnigen Professoren, die in erbärmlichster Hasenherzigkeit dem Züricher Arbeiterkongress fernblieben, dafür aber in Brüssel im Schatten der kaiserlichen Februarbotschaft mit Herrn von Verlepsh konventikelten, der seinerzeit das skandalöse Arbeitertruggesetz verteidigt hatte. Sie lernte ihn kennen durch die Gesinnungstüchtigkeit, mit der die nämlichen Gelehrten als freiwillige Seulanen in den Protestversammlungen der Berliner Arbeiter gegen die Flottenvorlage eine Gastrolle gaben und durch den Mannesmut, mit dem sie den Protestversammlungen gegen die Zuchthausvorlage fernblieben. Er wird bewiesen durch die schmachvolle Auslieferung des Wahlfreies Memel-Heydekrug an den Brotwucherer und durch Duzende und Duzende anderer Thatsachen. Was aber die spezielle Frage der Wohnungsreform anbetrifft, so hat Professor Lönnies seinerzeit in Brauns „Archiv“ in seinem vorzüglichen Artikel über den Hamburger Hafenarbeiterstreik thatsachenbegründet und herzerfrischend deutlich aufgezeigt, welcher Reformthaten die freisinnige Bourgeoisie unter dem Druck der Arbeiterklasse und dem Hinblick auf die drohende Choleraepidemie fähig ist. Genossin Braun moniert sanft die Sozialdemokratie ob ihrer seitherigen Unthätigkeit in Sachen der Wohnungsreform. Daß zu thun ist sicherlich ihr unantastbares Recht. Nur hätte sie über dessen pflichteifriger Wahrung nicht vergessen sollen, auf einen der wichtigsten Gründe dieser Unthätigkeit hinzuweisen: auf das Rückwärts, die Feigheit der freisinnigen Bourgeoisie. Die Sozialdemokratie war gezwungen, den Kampf für den Arbeiterschutz und andere hochbedeutende Reformen hinter das Niederringen des bössartigsten Arbeitertruges und der schlimmsten politischen Reaktion zurückzustellen. Arbeitertrug und politische Reaktion sind aber im großen Ganzen direkt oder indirekt in das Schuldkonto der freisinnigen Bourgeoisie zu buchen. Uebrigens ist es Genossin Braun unbenommen, ihrer Ueberzeugung entsprechend alles daran zu setzen,

um soweit irgend möglich durch persönliches Wirken die getadelte Unthätigkeit der Sozialdemokratie zu bekämpfen und zu mildern. Wenn sie sich in Zukunft auch nur auf dem einen Gebiet der Wohnungsreformfrage in Schrift und Wort als Thätigste unter den Thätigen erweist, so wird das sicherlich allseitig mit aufrichtigster Freude und Anerkennung begrüßt werden.

Meine Kennzeichnung der Wirtschaftsgenossenschaft als eine Utopie brandmarkt Genossin Braun als einen Ausfluß der „komischen“ neuzeitlichen Mode, „diejenigen utopischer Ideen zu zeihen, die Ideale der Sozialdemokratie aus dem Stadium der Predigt in das der That überführen wollen“. Gegenüber dieser Abstrüffelung meines strafwürdigen Unverständnisses, der vorliegenden Pflicht, an Stelle der Predigt die That zu setzen, kann ich mich leider nicht auf die Anerkennung beschränken, daß kaum Jemand wie Genossin Braun zu dieser Abstrüffelung berufen ist. Das Talent, Andere zu praktischer Arbeit für unsere Ideale zu mahnen, hat sich bei ihr zur bemerkenswerthen Virtuosität ausgebildet. Aber ihr Gedankengang umschließt nicht bloß das wohlberechtigte Gebet: Ich danke Dir Gott, daß ich nicht bin wie diese Räuber, Mörder oder auch wie diese Zöllner des Nur-Predigt-Sozialismus. Er enthält auch eine meines Erachtens grundsätzlich verkehrte Auffassung, daß schon inmitten der kapitalistischen Gesellschaft die Möglichkeit vorhanden ist, die Ideale des Sozialismus zu verwirklichen. Würde dies zutreffen, so wäre es die dringende Pflicht der Sozialdemokratie, unverzüglich an eine Revision ihrer Begriffe und Taktik zu gehen. Denn an Stelle des unverföhnlichen Kampfes gegen die kapitalistische Gesellschaft müßte die friedliche Verwirklichung sozialistischer Ideale im Rahmen der heutigen Ordnung treten. Einstweilen und bis Geschichte und Thatsachen mich eines Besseren belehren, bin ich „buchstabengläubig“ genug, die gekennzeichnete Auffassung für einen liebenswürdigen Wahn zu halten. Als wichtigste That, um den Sozialismus aus der Theorie in die Praxis überzuführen, erscheint mir noch immer die „Predigt“ der sozialistischen Ideale unter den proletarischen Massen und deren Organisation und Schulung für den schärfsten Kampf gegen die kapitalistische Ordnung. Wie die Dinge geschichtlich gelagert sind, kann gegenwärtig der proletarische Klassenkampf noch nicht der Durchführung der sozialistischen Ideale selbst gelten. Er muß sich vielmehr in der Hauptsache in dem Ringen um die Möglichkeiten der Kampfesfähigkeit des Proletariats erschöpfen. Es heißt deshalb das Pferd beim Schwanz aufzäumen, wenn man dem Proletariat jetzt die Aufgabe zuweist, durch Wirtschaftsgenossenschaften etc. „die sozialistischen Ideale aus dem Stadium der Predigt in das der That überzuführen“. Von der „komischen“ Vorstellung zu schweigen, daß der Sozialismus sich stückweise in die kapitalistische Gesellschaft einschmuggeln lasse.

Sei's drum, daß Genossin Braun diese meine Auffassung als „Dogmenfanatismus“ und meine Verurtheilung ihres Standpunktes als „Reherriechelei“ richtet. In den Witzchen ihrer „kirchlichen Erinnerungen“ grüßen mich nur alte, liebe Bekannte und ursprünglich kameradschaftliche Stammtischpässe, die in der Polemik zwischen Genossen allmählig zur Bedeutung von Gründen und Urtheilen heraufgekommen sind. Genossin Braun ergötzt sich mit solchem Behagen an den Reizen ihres Adoptivkindes, „kirchliche Erinnerungen“, daß sie es zweimal vorsührt, das eine Mal katholisch geschoren, das andere Mal lutherisch gescheitelt. Es ist dies ein Vergnügen, das meiner Ansicht nach recht billig und wenig geschmackvoll ist, dafür aber bei den reminiszenzenreichen Gedankengängen Genossin Brauns um so erklärlicher. Es thut mir herzlich leid, in ihr Vergnügen das Vermuthströpflein der Versicherung träufeln zu müssen, daß mein „Dogmenfanatismus“ weder vor dem Schreckgespenst der Geschorenen noch der Gescheitelten gewichen ist.

Klara Zetkin.

## Notizenheil.

### Frauenbewegung.

**Ein weiblicher Stadt- und Hofgärtner.** Fräulein von Karlowka wurde vor einiger Zeit als Stadtgärtnerin und kürzlich als fürstliche Gärtnerin in Braunsfels angestellt. Die Dame hat ihre berufliche Ausbildung in der Obst- und Gartenbauschule zu Marienfelde erhalten und ist Mitglied des Vereins zur Förderung des Frauenerwerbs durch Obst- und Gartenbau.

**Apothekerinnen in Ungarn.** In Ungarn sind gegenwärtig vierzehn Damen als Gehilfsinnen in Apotheken thätig. Zwölf der Pharmazeutinnen besitzen die staatliche Anerkennung des Rechtes auf Ausübung ihres Berufs, die das Unterrichtsministerium sicherlich auch den zwei Apothekerinnen gewähren wird, die erst kürzlich in ihre Stellung eingetreten sind, denn auch sie haben den vorgeschriebenen Bildungsgang absolviert.